

## **Einwohnerrat**

Legislaturperiode 2010 bis 2013

### **Protokoll**

der 9. Sitzung vom Dienstag, 29. März 2011, 19.00 Uhr, Pfaffechappe

<b>Behandelte Traktanden</b>	<b>Seite</b>
1. SBB-Linie Baden-Brugg, Lärmschutz; (12/11) - Bessere Gestaltung der Lärmschutzwand 5 im Oberen Kappelerhof; Abrechnung Zusatzkredit - Zusätzliche Lärmschutzwand 9 im Brisgi; Abrechnung Rahmen- und Nachtragskredit	5
2. Geschäftsbericht 2010 (13/11)	6
3. Produktrechnungen und Rechnung 2010 der Einwohnergemeinde (14/11)	9
4. Lehrschwimmhalle Burghalde; Sanierung Aussenhülle und Technik sowie Optimierung der Räume; Baukredit (15/11)	15
5. Lehrschwimmhalle Burghalde; Pausen- und Aussensportplatz auf dem Dach; Baukredit (16/11)	17
6. Überbauung Brisgi-Areal; Testplanung und Entwicklungskonzept Brisgi; Planungskredit (17/11)	19
7. Fuss- und Radweg Untere Limmatbrücke Baden-Wettingen; Verbreiterung; Projektierungskredit (18/11)	24
8. Kurtheater Baden; Zwischenbericht zur Vorbereitung der weiteren Projektierungsarbeiten für Umbau und Erweiterung, dringend notwendige Sofortmassnahmen zur Sicherstellung des laufenden Theaterbetriebs; Bruttokredit (20/11)	25
9. Postulat Beatrice Meyer vom 28. Oktober 2010 betreffend Beteiligung der Stadt Baden als Pilotgemeinde an der geplanten e-Voting-Testphase; Antrag auf Überweisung, Berichterstattung und Abschreibung (58/10)	29

**Baden ist.**

- |     |   |    |
|-----|---|----|
| 10. | Postulat Andreas Bauer und Mitunterzeichnende vom 7. September 2010 betreffend Umsetzung der Vision "2000 Watt-Gesellschaft"; Überweisung (55/10) | 30 |
| 11. | Postulat Markus Schneider vom 15. Oktober 2010 betreffend Park and Ride, Anschluss an das Kantonale Projekt; Überweisung (57/10)                  | 31 |
| 12. | Anfrage Christoph Lüber und Mitunterzeichnende vom 15. November 2010 betreffend "Planung Bäderquartier"; Beantwortung (69/10)                     | 31 |

Vorsitz: Ruth Müri

Protokoll: Heinz Kubli, Stadtschreiber

Stimmberechtigte: 41

Quorum: 21

Anwesend: 41 Mitglieder des Einwohnerrats  
7 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltungsvertreter:

Thomas Böhm, Leiter Stabs- und Personaldienste  
 Thomas Bumbacher, Leiter Finanzen  
 Bettina Glaus, Leiterin Stadtbüro  
 Alexander Grauwiler, Geschäftsleiter Volksschule  
 Hildegard Hochstrasser, Leiterin Soziale Dienste  
 Stefan Jetzer, Stadtschreiber  
 Edith Käppeli, Leiterin Betriebsamt  
 Martin Koch, Leiter Tiefbau  
 Thomas Lütolf, Leiter Standortmarketing  
 Patrick Nöthiger, Leiter Fachstelle Kultur  
 Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau  
 Katrin Reimann, Planung und Bau  
 Hans-Ueli Ruch, Leiter Kinder Jugend Familie  
 Pia Rutishauser, Leiterin Stadtbibliothek  
 Patrick Schärer, Leiter Stabsdienste  
 Georg Schopp, Leiter Stadtforstamt/Stadtökologie  
 Tony Stalder, Leiter Liegenschaften  
 Thomas Stirnemann, Leiter Werkhof  
 Daniel Stoeri, Leiter Informatik  
 Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung  
 Barbara Welter, Leiterin Historisches Museum  
 Jürg Wittwer, Liegenschaften  
 Martin Zulauf, Leiter Öffentliche Sicherheit

Entschuldigt: Jürg Caflisch  
Reto Caprez  
Adrian Gräub  
Stefanie Heimgartner  
Johannes Jenny  
Beatrice Schilling  
Isabelle Stieger  
Trudi Streif  
Cédric Wermuth

Die Beschlüsse der Traktanden 1 bis 7 und 8.2 unterstehen dem fakultativen Referendum.

**Müri Ruth:**

Ich möchte Sie alle herzlich zur 9. Sitzung der Legislatur begrüßen.

**Mitteilungen**

Ich habe Anfang März das Rücktrittsschreiben von Jürg Caflisch erhalten. Leider hatte er gestern Abend einen Sportunfall und kann an seiner letzten Sitzung nicht teilnehmen. Wir haben gemeinsam beschlossen, ihn am Schluss der Mai-Sitzung 2011 offiziell zu verabschieden.

Zur Begleitkommission Verkehr Zentrum Baden folgende Information: Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf geeinigt, in der Kommission Stimmengewichte gemäss Sitzzahl im Einwohnerrat anzuwenden sowie Fredi Bärtschi formlos als Nachfolger von Rahel Urech zu bestätigen.

Ich möchte gerne zu einer Fraktionspräsidenten-Sitzung einladen am Dienstag, 31. Mai, zu verschiedenen Themen des Ratsbetriebs. Das Ratsbüro hat aufgrund der Umfragenauswertung ein paar Vorschläge ausgearbeitet. Zusätzlich würde ich gerne die Mikrofon-Erfahrungen diskutieren. Ich nehme an, Sie haben in der Zeitung gelesen, dass der Wettinger Einwohnerrat zwischenzeitlich Rednerpulte eingeführt hat. Weitere Traktandenvorschläge von Seiten Fraktionspräsidenten können bis 6. April dem Ratssekretär, Heinz Kubli, gemeldet werden. Sie erhalten anschliessend eine Einladung für den 31. Mai 2011.

**Hinweise zur Traktandenliste:**

Wie im Mail vom 21. März 2011 mitgeteilt wurde, zieht der Stadtrat das Traktandum 8, Alte Schmiede, Sanierung und Einbau Jugendkulturlokal Merkker, zurück.

Da Isabelle Stieger heute abwesend ist, wird das Traktandum 13 für die nächste Sitzung traktandiert.

Da zwei Traktanden wegfallen, gehe ich davon aus, dass wir alle Geschäfte in einer Sitzung behandeln können. Der Ball liegt bei Ihnen. Ich bitte um kurze, prägnante Voten.

**Müri Ruth**

Das Geschäft wird immer dem Erstunterzeichnenden zugeordnet. Das ist eine Regel im Einwohnerrat. Und weil der Name Andreas Bauer zuoberst im Alphabet steht, wurde das Postulat ihm zugeordnet.

**Demuth Serge**

Die SVP wird dem Postulat nicht zustimmen, weil wir dieses Anliegen nicht als Aufgabe der Stadt Baden sehen. Wenn schon, ist dies eher eine kantonale, wenn nicht sogar eine nationale Aufgabe, so etwas anzustreben.

**Beschluss:**

Das Postulat Andreas Bauer und Mitunterzeichnende vom 7. September betreffend Umsetzung der Vision "2000 Watt-Gesellschaft" wird mit 32 Ja zu 5 Nein-Stimmen überwiesen.

**11. Postulat Markus Schneider vom 15. Oktober 2010 betreffend Park and Ride, Anschluss an das Kantonale Projekt; Überweisung (57/10)**

---

**Müri Ruth**

Der Stadtrat stellt Antrag auf Überweisung. Da niemand das Wort wünscht, wird das Postulat stillschweigend überwiesen.

**12. Anfrage Christoph Lüber und Mitunterzeichnende vom 15. November 2010 betreffend "Planung Bäderquartier"; Beantwortung (69/10)**

---

**Lüber Christoph**

Für die umfangreiche Beantwortung der Fragen der IG schöner baden möchte ich mich beim Stadtrat bedanken. In einigen Antworten sind auch für uns wichtige Informationen offen gelegt worden. Das betrifft vor allem die Fragen 4, 6 und 11. Bei der Frage 4 haben wir erfahren, dass mit der Verenhof AG ein Kaufrechtsvertrag über die städtische Parzelle Trinkhalle und den Park abgeschlossen wurde, die eigentlich der Stadt gehört haben, und dass daran Bedingungen geknüpft worden sind, die für die Stadt sprechen. Ein Beispiel daraus ist, dass eigentlich die Verenhof AG verpflichtet würde, 3'000 m<sup>2</sup> Hotelnutzung zu realisieren. Nicht zufriedenstellend beantwortet sehen wir die Fragen, welche die städtebaulichen Rahmenbedingungen betreffen, die in das Studienauftragsverfahren hätten einfließen müssen: Die Fragen rund um die Revision der Planungsinstrumente BNO und ERP, aber auch die Fragen zu Inhalt und Grösse der geplanten Badeanlage für Baden. Mit diesen Antworten sind wir

nicht ganz einverstanden, und darauf möchte ich anschliessend nochmals zu sprechen kommen. Ich möchte ein Beispiel machen: Was uns auch etwas irritiert hat, ist, dass bei Frage 3, bei der es um die geplante Grösse geht, der Stadtrat einwendet, dass es sich um ein rein privates Projekt handelt und die Stadt weder Eigentümerin noch Betreiberin des künftigen Bads sei. In der Antwort 5 erfährt man, dass nachträglich ein Interesse seitens der Stadt vermerkt wird, sich an der Betriebsgesellschaft mit 10 bis 30 % zu beteiligen. Wir stellen uns die Frage: Was will die Stadt Baden und wann genau werden diese Absichten in diesen Planungsinstrumenten formuliert, so dass auch für die Öffentlichkeit klar ist, was die Stadt Baden will? Was kosten die Stadt Baden die in der Antwort zu Frage 8 aufgeführten Punkte, in die eigentlich die Stadt involviert wird, teils als Folgeerscheinungen des Projekts? Abschliessend möchte ich anfügen, dass wir mit der Aktenaufgabe zur Machbarkeitsstudie Dudler nicht zufrieden sind. Wir hätten gerne etwas über den Inhalt der Aufgabenstellung erfahren. Dazu hätten ein paar wenige Sätze mit den nötigen Zahlenangaben genügt. Ich bitte Hannes Streif vom team baden, für die IG schöner baden die Diskussion im Einwohnerrat zu beantragen.

### **Streif Hannes**

Ich beantrage Diskussion.

### **Beschluss:**

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig genehmigt.

### **Lüber Christoph**

Ich danke für die Bereitschaft, auf das spannende Thema einzugehen. Es interessiert uns sehr, wie der Einwohnerrat zu dieser Sache steht, und ich denke, das Thema ist auch wichtig für unsere Stadt. Ich möchte kurz eine kleine Zusammenfassung einer Stellungnahme der IG schöner baden erläutern. Für den heutigen Stand des Projekts waren die Rahmenbedingungen vom Studienauftragsverfahren vom Jahr 2009 matchentscheidend. Ich möchte an dieser Stelle betonen, es war ein Studienauftragsverfahren und nicht ein öffentlicher Wettbewerb mit anonymer Jurierung, wie man in der Öffentlichkeit immer wieder erwähnt. Die Rahmenbedingungen für das Studienauftragsverfahren haben die Weichen für das heutige Projekt gestellt. Diese Weichenstellung entschied sich aber weder anhand der rechtskräftigen BNO, noch anhand des Entwicklungsrichtplanes Bäderquartier oder anhand der Kriterien Thermalwasser oder Städtebau, sondern allein aufgrund der neu gemachten Marktanalyse des Ingenieurbüros Kannewischer. Übrigens eine Marktanalyse, die trotz dem Gewicht, die sie für die Rahmenbedingungen des Studienauftragsverfahrens hatte, geheim gehalten wird, weil die Studie von der privaten Verena Hof AG in Auftrag gegeben wurde. Wir sind aber der Meinung, wenn die Stadt Baden gemeinsam mit der Verena Hof AG das Studienauftragsverfahren aufrollt, zumindest ein Fazit dieser Studie öffentlich sein müsste, dies auch für euch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Die Stadt hat damit ihre Ansprüche an ein neues Thermalbad auf die marktwirtschaftlichen Ansprüche der Verena Hof AG reduzieren lassen, d.h. entscheidend waren Fragen wie: Was ist das Potential an Badegästen? Was sind die zeitgemässen Ansprüche eines Badegastes? Fragen, die zwar interessant sind, aber keinen direkten Bezug auf diese spezielle Situation im Bäderquartier haben. Jedes andere Bäderprojekt in der Region würde sich dieselben Fragen stellen. Dieser fehlende Bezug zum Bäderquartier und seinen Thermalquellen werfen wir dem Projekt vor. Wir sind der Meinung, es könnte irgendwo in der Region an einem anderen Ort auf der grünen Wiese gebaut

werden, wo noch mehr Platz vorhanden wäre. Die Kriterien, die das Projekt dominieren, würden sich kaum ändern. Die Gretchenfrage für ein zukünftiges Thermalbad wäre für uns eine ganz andere: Nicht zeitgemässe Trends, an welche sich die meisten Bäder angepasst haben, die man in der Umgebung sieht, sondern für uns müsste das Bad zu Baden passen und es müsste so definiert werden, dass es unaustauschbar ist, so dass es an keinem anderen Ort sein könnte. Die Antwort ist simpel: Ein Thermalbad für Baden müsste sich hervorheben, ganz einfach nur durch das einzigartige Heilwasser, das eigentlich der ursprüngliche Grund ist, hier überhaupt ein Thermalbad zu planen. Das Heilwasser, das Thermalwasser, das einzigartig ist in Baden, das müsste bei einer Planung im Vordergrund stehen. Wir haben aber gesehen, dass in dieser Marktanalyse offenbar nicht das Thermalwasser im Vordergrund stand, sondern die zeitgemässen Ansprüche, die die Marktanalyse eingefordert haben. Das Thermalwasser selber wird nur noch als Werbeslogan benutzt, als Mittel zum Zweck. Wie wenig Wert auf die Qualität des Thermalwassers gelegt wird, zeigt auch die Beilage „Grössenvergleich verschiedener Bäderanlagen“, die der Beantwortung unserer Anfrage 69/10 beigefügt wurde. Darin werden Äpfel mit Birnen verglichen: Thermalbäder werden mit Wellness- und Spassbädern wie Aqua Basilea und Aqua Berna über denselben Leisten geschlagen. Man sollte Thermalbäder mit Thermalbädern vergleichen. Unsere Vorschläge, worauf sich die Stadt eigentlich hätte konzentrieren sollen oder auf welche Rahmenbedingungen die Stadt, nach unserer Meinung, Wert legen sollte, haben wir in den beiden Mitwirkungsverfahren zur BNO und zum ERP 2010 formuliert. Die Stadt soll wissen, wofür sie sich einsetzen will. Es ist ebenfalls wichtig für die Stadt, ein Planungsinstrument zu haben, das definiert, welches die rechtlichen und die stadtplanerischen Vorgaben für eine Projektentwicklung sein sollen. Ich möchte nochmals an alle Anwesenden die Frage stellen, ob sie sich bewusst sind, dass mit dem Entscheid 2008 im Einwohnerrat, den Kredit zu gewähren, dem die IG schöner baden sicher auch zugestimmt hätte, als Folge ein Projekt entwickelt worden ist, das zum jetzigen Zeitpunkt immer noch keine rechtsgültige Basis hat. Wir sind der Meinung, dass Planungsinstrumente solange zurückgehalten resp. überarbeitet werden, bis sie keine Entwicklung mehr ermöglichen, sondern eigentlich nur noch dafür da sind, ein fertiges Projekt zu legitimieren. Im Besondern für den Entwicklungsrichtplan ist das natürlich eine fatale Sache.

### **Streif Hannes**

Das team baden wurde in jüngster Vergangenheit als Gegnerschaft und als Kritikerin der Projekte, die in den Bädern ihren Lauf nehmen, tituliert. Etwas kritisieren bzw. etwas bekämpfen ist nicht dasselbe. Ich bedaure, dass gewisse Mitmenschen nicht willens oder fähig sind, hier zu differenzieren. Es wurde uns jüngst auch Diskussionsverweigerung und Absenz demokratischen Verständnisses vorgeworfen. Wir zählen uns zu diesen Kritikern, wir haben uns als team baden kritisch geäussert. Ich bin darüber verstimmt, diese Aussagen haben mich getroffen und ich möchte gerne etwas von dieser Kritik vortragen. Man findet an verschiedenen Stellen in dieser Beantwortung eine Referenz zu Rahmenbedingungen. Einen Auszug aus der Beantwortung der Frage, weshalb nicht eine kleinere Betriebsgrösse ins Auge gefasst wurde, sagt der Stadtrat auf Seite 5: "Die Rahmenbedingungen und die Abläufe der Planungsverfahren wurden vor der Durchführung des Wettbewerbs mit der Verena Hof AG vereinbart. Der Einwohnerrat stimmte diesen Bedingungen und dem Vorgehen im April 2008 einstimmig zu." Dieser Satz ist heikel. Der Einwohnerrat hat den Rahmenbedingungen im April 2008 nicht in dieser Pauschalität zugestimmt. Er hat zugestimmt, dass diese Rahmenbedingungen in einer ersten Phase erarbeitet werden. Sicher, die Planungskreditvorlage enthält Hinweise auf einige der Rahmenbedingungen, z.B. Verkehrsanbindung, Nutzung, Zugänglichkeit und Gestaltung des Limmatraums, städtebauliche

Qualität. Aber erstens fehlt diesen Stichworten die inhaltliche Bestimmung und zweitens nannte die Vorlage bei weitem nicht alle Bedingungen, die schliesslich Bestandteil des Studienauftragsverfahrens bildeten. Es geht nicht an, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat vor diesem Hintergrund pauschal unterstellt, er habe im April 2008 den Rahmenbedingungen zugestimmt. Das gilt auch für die Aussage zur Beantwortung der ersten Frage auf Seite 3: "Die Grundeigentümerin entschied sich, diese Projekt-konzeption mit 500'000 Besuchern als maximale Grösse weiter zu verfolgen. Diese maximale Grösse wurde bereits bei der Genehmigung des Beitrags an das Studienauftragsverfahren als Rahmenbedingung übernommen. Der Einwohnerrat stimmte diesem Vorgehen im April 2008 einstimmig zu." In der Vorlage kommt diese Zahl am Rand einmal vor. Dort steht auf Seite 3: "Die Verenahof AG schloss die betrieblichen und wirtschaftlichen Abklärungen Ende 2007 ab. Als Richtgrösse für das neue Bad werden 500'000 Eintritte angenommen. Nebst dem Neubau der Badeanlage beabsichtigt die Verenahof AG ...". Das ist eine Absicht der Investorin und keine Planungsmaxime für ein Gemeinwesen. Der Stadt stand offen, selber kritische Punkte in dieses Verfahren einzubringen, die öffentlichen kommunalen Interessen zu nennen, die wichtigen Parameter und Interessen festzulegen und die Erkenntnisse in das Studienauftragsverfahren einzuspeisen. Das Resultat eines Planungsprozesses darf auch durchaus Varianten aufzeigen. Ich bitte den Stadtrat, mit dem Willen des Einwohnerrats etwas rücksichtsvoller umzugehen. Zum zweiten Punkt: Der Stadtrat äussert sich bei Frage Nr. 10 auf Seite 8 und folgende auch zu Verkehrsaspekten. Abgesehen von der falschen Wiedergabe des Legislaturziels hält der Stadtrat auf Seite 9 fest: "Das Jahresziel Nr. 5 für 2011 ist mit dem im Entwurf vorliegenden Erschliessungs- und Verkehrskonzept Römer-/Bäderquartier und dem Koordinierten Kapazitätsnachweis Baden Nord/Bäder erfüllt.". Es ist gut, dass diese Dokumente erstellt wurden. Gut insbesondere auch, dass der Stadtrat die Notwendigkeit gesehen hat, die Projekte, die von der ABB Immobilien in Baden Nord angegangen werden, auch in Abhängigkeit der Projekte der Verenahof AG und der Entwicklung in den Bäderquartieren zu betrachten und die Auswirkungen auf den Verkehr zu betrachten. Man hört allenthalben, wie sich Stadtvertreter auf diese beiden Dokumente berufen und sagen: "Das klappt mit dem Verkehr". Nur, diese Dokumente liegen uns nicht vor. Das ist für mich im Moment nichts weiter als eine unbelegte Behauptung. Und die wird gemacht in einem Zeitpunkt, in dem eine politische, öffentliche Meinungsfindung stattfindet. Es geht nicht an, in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess aus Dokumenten Schlussfolgerungen zu ziehen, wenn diese Dokumente nicht vorliegen. An dieser Stelle, mangels Informationen auch nur pauschal formuliert, können wir nur sagen, dass das team baden einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sollte dies vorgesehen sein, nicht zustimmen wird. Was darf man nun erwarten? Verschiedene Parteien haben im Rahmen der Mitwirkung, mit Medienmitteilungen und weiteren Äusserungen dargetan, welche Punkte das Projekt erfüllen muss, damit sie dahinter stehen können. Wir erachten es als unsere politische Aufgabe, einen solchen Planungsprozess kritisch zu begleiten. Aus diesem Grund wollen wir auch nicht als Verhinderer tituliert werden. Wir wollen unsere Inputs kritisch berücksichtigt wissen. Solange keine verbindlichen Aussagen vorliegen, namentlich zur teilrevidierten BNO, aber auch zu Verkehrs- und Energiefragen, können wir keine abschliessende Beurteilung vornehmen. Wir haben uns von dieser Beantwortung solche verbindlichen Aussagen erhofft. Eigentlich sind wir davon ausgegangen, die Aussagen lägen bereits vor und würden im Rahmen dieser Beantwortung gewertet und verteidigt. Nun liegen wir im Zeitplan zurück, die Aussagen sind mitunter entsprechend unscharf. Das team baden wartet weiterhin und wird zu gegebenem Zeitpunkt Stellung beziehen, dann auch gern an Po-dien.

### **Schickel Mathias**

Da ich länger Mitglied der IG schöner baden als Einwohnerrat bin, möchte ich als Mitunterzeichner dieser Anfrage, losgelöst von meiner Fraktion, einige persönliche Punkte einbringen. Die IG schöner baden ist kurz nach der Bekanntgabe der Resultate des Studienauftragsverfahrens im Jahr 2009 gegründet worden. Unser Antrieb war es, das vorliegende Projekt zu analysieren, Transparenz in den Planungsprozess zu bringen und mitzuwirken, dass die Rahmenbedingungen besser zu Baden und zu diesen mineralreichsten Heilquellen von Baden passen. Wir haben begonnen, mit verschiedenen politischen Parteien Kontakt aufzunehmen, um die vorliegende Situation zu diskutieren. Wir dachten nie, dass sich gerade die bürgerlichen Parteien wenig kritisch mit diesem Projekt auseinandersetzen, da doch das Projekt für die Marke Baden sehr identitätsstiftend ist und die Grössenordnung ein nicht zu unterschätzendes Risiko für die Stadt Baden darstellt. Gemäss der Beantwortung soll sich die Stadt mit 10 – 30 % an der Betriebsgesellschaft des Thermalbads beteiligen. Somit bekommt das von den Befürwortern immer wieder hervorgehobene mehrheitlich private Projekt eine andere Art, die auch als Bürgerschaft seitens der Stadt bezeichnet werden kann. Die IG schöner baden hat gegen diese Beteiligung grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber dann sollte die Stadt eine aktivere Rolle im Prozess übernehmen und die öffentlichen Interessen, z.B. städtebauliche Aspekte, einfließen lassen und die Folgen mittragen. Ich frage Sie: Sind sie bereit, dieses Risiko einzugehen? Wer sind eigentlich die sogenannten AAA-Investoren und institutionellen Anleger für die verschiedenen Projekte, neben der Verenahof AG, und weshalb haben diese bis jetzt eigentlich noch nicht zugesagt? Wäre ich an der Stelle der Investoren würde ich verstehen, dass man noch keinen definitiven Vertrag unterzeichnet hat. Bis jetzt sind auf politischer Ebene noch keine verbindlichen Planungsinstrumente vorhanden. Unter anderem deshalb ist die Vorgehensweise der Stadtbehörden, zusammen mit der Verenahof AG, ein Studienauftragsverfahren ohne vorliegende verbindliche Planungsinstrumente durchzuführen, keine wirtschaftsfreundliche und gegenüber den Investoren auch keine verlässliche Politik. Mit der Beantwortung dieser Anfrage liegen erstmals seit dem Abschluss des Studienauftragsverfahrens für das Thermalbad teilweise verbindliche Informationen seitens der Stadt vor. Die IG schöner baden ist via Leserbrief von Andreas Voser angefragt worden: „Wo war die IG schöner baden in den vergangenen Jahren?“ Da eine Antwort: Wir haben nebst anderen Aktivitäten beispielsweise auch an den Mitwirkungsverfahren ERP und BNO Bäderquartier vom Juni 2010 teilgenommen. Leider liegen immer noch keine Resultate seitens Stadt vor. Auch deshalb können wir den Vorwurf der Diskussionsverweigerung an der Informationsveranstaltung vom Dienstag letzter Woche so nicht gelten lassen. Wenn man zu einem Podium eingeladen wird, bei dem keine gleichlangen Spiesse herrschen, beispielsweise ist die IG schöner baden sehr kurzfristig angefragt worden, ist das unschön. Man wusste nicht, welche Informationen präsentiert werden. Die Vertreter der Stadt hatten, im Gegensatz zu uns, Kenntnis über den aktuellen Stand der Mitwirkung, der Planungsinstrumente, dem Verkehrskonzept, dem Richtprojekt. Ausserdem war auch die Zusammensetzung der Podiumsteilnehmer unklar. Ich glaube, unter diesen Voraussetzungen hätten auch andere hier im Raum an einem Podium so nicht teilgenommen. Darum möchte ich eigentlich den Ball an den Stadtrat weitergeben und nach dem aktuellen Stand der Planungsinstrumente BNO, ERP Bäderquartier, vorbehalten der kantonalen Ergänzungen, fragen und wann mit dem Resultat aus der Mitwirkung oder einem allfälligen Zwischenbericht zu rechnen ist.

### **Guntern Roland**

Die Grünen Baden sind dafür, dass Baden ein Thermalbad hat, das zu Baden passt. Wir haben einen Planungsprozess, der komplex ist, der schon länger anhält und dem



der Einwohnerrat bereits gewisse Rahmenbedingungen vorgegeben hat. Es ist wichtig, dass wir einen Planungsprozess kritisch begleiten und unsere Bedenken auch einbringen können. Wenn man das als Verhinderungspolitik bezeichnet, so ist das peinlich. Mir ist wichtig, auch hier nochmals darauf hinzuweisen, dass der ganze Planungsprozess eigentlich falsch angegangen worden ist. Man hat nicht zuerst die Rahmenbedingungen definiert und daraus ein Projekt entwickelt, sondern ein Projekt erarbeitet und muss jetzt die Rahmenbedingungen anpassen. Für uns ist ganz wichtig, dass Baden sich entwickeln kann, dass es Bäder gibt. Die Bäder sollen genützt werden können und vor allem die richtige Grösse haben. Dass man sich immer an dieser Richtgrösse von 500'000 Eintritten orientiert, betrübt mich sehr. Es ist niemand gezwungen, diese Richtgrösse voll auszuschöpfen oder sogar noch zu übertreffen. Am Anfang war in den Vorlagen immer von einer Umweltverträglichkeitsprüfung die Rede. Ich habe diesbezüglich nirgends einen Planungshinweis gelesen. Da hätte ich gern eine knappe, klare Antwort vom Stadtrat. Auf der anderen Seite ist es uns ganz wichtig, dass die gute Wasserqualität wirklich gut genutzt werden kann. Gut genutzt werden kann für Personen, die zum Baden kommen, und auf der anderen Seite für eine Stadt, die sich gern Energiestadt nennt. Unter diesem Aspekt wäre eine innovative Lösung, aus dem sehr warmen Wasser Energie zu nutzen, sinnvoll. In zweiter Linie finde ich es sehr betrüblich, dass man im letzten Jahr ein Mitwirkungsverfahren gemacht hat und darauf noch keine Antworten hat. Wir möchten die Diskussion nicht verweigern. Uns ist es wichtig, auf Augenhöhe miteinander diskutieren zu können, und dafür benötigen wir Informationen, die uns im Moment fehlen.

#### **Bächli Karin**

In der Antwort zur Frage 10 ist ein Legislaturziel falsch zitiert, und das ist peinlich. Wir haben nämlich im Juli letzten Jahres das Legislaturziel abgeändert, das uns der Stadtrat vorgeschlagen hat und jetzt auch hier steht. Wir hatten gesagt: "Mehrverkehr zu Spitzenstunden wird über den öffentlichen Fussverkehr und den Fuss- und Veloverkehr bewältigt". Das sind zwei unterschiedliche Ziele und ich frage mich, mit welchem Legislaturziel das Verkehrskonzept ausgearbeitet worden ist. Wir werden auf jeden Fall das Verkehrskonzept am richtigen Legislaturziel messen und beurteilen, ob mit diesem Konzept das Ziel erreicht werden kann oder nicht.

#### **Wanner Isabelle**

Die Minderbeteiligung der Stadt ist keine Garantie, ebenso wenig die Suche nach einer neuen Betriebsgesellschaft. Wer würde schon eine Nachfolge antreten, wenn ein erfahrener und kompetenter Betreiber wie das Bad Zurzach aufgibt? Ich möchte daran erinnern, dass sich das Schicksal vom Grand Hôtel in den 40er Jahren so zugegetragen hat: Die Verena Hofbesitzer haben das Grand Hôtel aufgekauft, weil sie die Konkurrenz nicht mehr wollten. Anschliessend haben die Verena Hofbesitzer das Grand Hôtel für eine Luftschutzübung freigegeben, damit es abgebrochen wurde. Auch das gibt es immer wieder. Betreiber, die nicht das realisieren können, was sie möchten, lassen die Bauten anschliessend eingehen. Ich habe es schon einmal in einem Leserbrief geschrieben. Daher ist die Mindestforderung, dass nebst den vorgesehenen Verträgen eine grundbuchamtliche Sicherheit, z.B. in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrags, in die Teiländerung der BNO aufgenommen wird. Damit soll der Bevölkerung langfristig ein Volksbad garantiert werden, selbstverständlich mit Benutzung des Bads. Von der Umzonung der Parkfläche am Limmatknie in die Bäderzone ist abzusehen. Die Umzonung bringt der Stadt gar nichts. Die schönste Parkanlage von Baden wird einfach der Verena Hof AG verkauft. Der Tausch mit dem Ochsen Garten ist nicht richtig, weil der Ochsen Garten schon lange als geschützte Parkfläche ausgeschieden worden ist. Dieser Park bleibt so oder so, ob er nun der Stadt gehört

oder dem Verenaahof. Das „gefühlte“ Verkehrsaufkommen ist bereits heute im Bereich der Kreuzung „Royal“ wie auch über die gesamte Haselstrasse am Limit. Wie jetzt noch 500'000 Besucher zusätzlich über diesen Kreisel geleitet werden sollen, ist wahrscheinlich nicht nur mir ein Rätsel. Wie die Metron zudem schreibt, kann nur ein kleiner Kreisel gebaut werden. Ein grosser Kreisel ist nicht mehr möglich, weil das Royal an einen Investor verkauft wird, der ja wahrscheinlich irgend etwas darauf machen will. Die Metron rechnet mit mindestens 30 % mehr Schleichverkehr auf der Römerstrasse West. Erinnert wird, dass die Investoren der 90er-Jahre auf eigene Kosten eine Monorail auf der Parkstrasse als Zubringer zu den Bädern planten. Bereits zu dieser Zeit waren sich die Leute bewusst, dass ein ordentlicher Busverkehr eigentlich kaum durch die Parkstrasse zu führen ist. Im Gegensatz zu heute verlangte der Stadtrat im Projekt der 90er-Jahre für eben dieses Projekt sehr bald die Bekanntgabe der Investoren, und zwei Mitglieder des Stadtrats flogen mit den Verantwortlichen nach Israel zur Prüfung. Heute wissen wir noch nicht, wer die Investoren sind.

### **Breunig Lukas**

Der immer wieder gehörte Hauptvorwurf war, das Verfahren sei falsch. Ich möchte nochmals darauf hinweisen: Am 1. April 2008 haben wir hier in diesem Raum genau dieses Verfahren genehmigt. Wir haben gesagt, wir wollen zuerst einen Studienauftrag und wollen anschliessend eine Erarbeitung der Planungsinstrumente SNP, BNO usw. Das haben wir genehmigt und das haben wir gewusst. Ich verstehe nicht ganz, wenn man jetzt dort ansetzt und dort den Punkt macht. Das widerspricht dem Entscheid, den wir am 1. April 2008 gefällt haben. Wir müssen und dürfen kritische Fragen stellen, z.B. zum Verkehr. Und es ist richtig, wir haben noch nicht alle notwendigen Informationen. Es ist sicher auch richtig, dass diese Infos nun folgen und dass wir dann entscheiden können. Wir werden diese Zahlen anhand der Unterlagen, die wir in der Begleitkommission und im Einwohnerrat bekommen werden, überprüfen können. Die kritischen Fragen darf man stellen. Man muss darauf achten, dass diese Fragen den Stadt-Bereich betreffen. Wir kennen die Abgrenzungsproblematik. Da braucht es gewisse Vorsicht. Ganz allgemein vermisste ich in dieser Diskussion die positive Grundhaltung, die wir alle hatten, als wir am 1. April 2008 hier waren. Gerne zitiere ich das Votum vom team baden: "Das team baden freut sich sehr, dass die Stadt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, natürlich im Zusammenhang mit der Verenaahof AG, den Startschuss zur Aufpeppung des Sorgenkinds Bäderquartier endlich geben kann." Genau diesen Optimismus vermisste ich heute. Wir haben ein Projekt, wir wollen etwas realisieren, wir wollen dem auch kritisch gegenüberstehen. Aber den Grundoptimismus, den vermisste ich. Und ich höre gern, dass Ihr dieses Projekt nicht verhindern wollt, sondern dass Ihr auch hinter diesem Projekt stehen könnt. Ich bin zuversichtlich, dass wir in der weiteren politischen Arbeit einen Konsens finden werden. Die FDP jedenfalls will dieses Bad und auch wir sind kritisch, auch wir werden diese Fragen in den weiteren Diskussionen stellen. Aber wir wollen dieses Bad mit einer positiven Grundhaltung. Das Projekt ist entscheidend für die weitere Entwicklung der Stadt und es ist für uns zu wichtig, als dass wir dieses Projekt hier riskieren wollen.

### **Huber Reto**

Ich möchte vier Sachen sagen, als erstes etwas zur IG schöner baden: Im Namen der CVP möchte ich mich für euren Einsatz bedanken. Es ist eine öffentliche Diskussion, die nötig ist. Es betrifft unsere Stadt und die Geschichte unserer Stadt. Darum danken wir euch, dass ihr den Ball so breit ins Rollen gebracht habt. Es gab bei uns eine Phase, in der wir nicht wussten, was ihr eigentlich wollt. Wir haben uns aber von der CVP immer bemüht, eure Sachthemen zu sehen. Das war uns wichtig. Und so möchte ich zum zweiten Punkt, zur Kritik übergehen. Es ist schade, wenn man sich be-

müht, eine gute Kritik zu machen und als Verhinderer hingestellt wird. Kritik aus dem Griechischen heisst „die Kunst des Beurteilens“. Die CVP, als Beispiel, ist nach wie vor eher auf der leiseren Seite. Um beurteilen zu können, fehlen auch uns noch gewisse Informationen. Wir sind immer noch positiv, wir freuen uns und wir schätzen, was da abgeht. Wir schätzen aber auch die kritische Diskussion und die kritische Auseinandersetzung im Sinn dieses eigentlichen Wortes Kritik. Bei dieser Kritik stellen wir einfach eine gewisse Vermischung fest, eigentlich auch in den Fragen der IG schöner baden. Es gibt eigentlich zwei Themen. Das eine ist die privatwirtschaftliche Betrachtung. Da sind Themen wie Wirtschaftlichkeit, Konkurrenz, wer ist der Investor, was passiert beim Konkurs. Die andere Aufgabe ist die öffentliche Aufgabe, die damit verknüpft ist. Dieses Gebiet ist ein Herzstück von uns. Und wir alle haben doch in der letzten Wahlpropaganda geschrieben, dass wir ein prosperierendes Bäderquartier wollen. Deshalb betrifft das uns auch politisch. Darum betrifft diese Entwicklung die Stadt vom Kern und vom Namen her sowieso. Wir haben Themen, die zu Recht von der IG schöner baden aufgegriffen werden. Von der Gestaltung des langen Riegels entlang zum alten Teil, Verfahrensfragen, wichtige Verkehrsthemen, Landabtausch, BNO, Sondernutzungsplanung, alles öffentliche Aufgaben. Jetzt haben wir diese Zeitachse. Es wurde schon mehrmals erwähnt, wozu wir damals mit grosser Freude und Elan Ja gesagt haben. Wir wussten nicht, was alles auf uns zukommt. Und das ist für mich etwas ganz Wichtiges. Weder der privatwirtschaftliche Jetztinvestor, nämlich die Verena AG, noch die öffentliche Hand wussten, was da genau kommt. Das ist ein extrem schwieriger Prozess der Bewilligungsverfahren und der Planinstrumente, die erarbeitet werden müssen. Wir können nicht zum Vornherein sagen, wie der Fahrplan genau lautet. Deshalb glaube ich, dass man sich im Rahmen der Kritik an der öffentlichen Hand bewusst sein muss, dass das absolut planerisches Neuland ist. Man hat die Erfahrung in dieser Breite nicht. Da kommen Fragen hinzu, man musste den Perimeter vergrössern etc. Wir alle und auch die IG schöner baden müssen uns besser bewusst werden, dass der Prozess so läuft wie die Zeitachse ist. Wir alle hätten gern bereits im 2008 alles erledigt gehabt. Das hatten wir nicht. Das ist die Schwierigkeit, in der wir alle stecken. Wenn wir jetzt Kritik üben wollen, dann soll das eine sachliche, gute und konstruktive Projektkritik sein. Betreffend Privatwirtschaft: Es ist wichtig, dass wir nicht vergessen, dass da eine private Institution ein grosses Risiko auf sich nimmt. Zum dritten Punkt: Risiko ist die Bugwelle des Erfolgs. Das ist in der Wirtschaft so und das Risiko, das der Privatinvestor auf sich nimmt, macht er, obwohl er nicht weiss, was die Zukunft ihm bringt. Und genau das gleiche gilt für unsere Stadt. Details der Sondernutzung, BNO und Landumlagerungen müssen mit einem gewissen Risiko zeitnah entschieden werden. Das Risiko können wir nicht wegbedingen, weil es keine Standardgeschichte ist. Es ist ähnlich einem Produkte-Startup mit einer Marktlancierung. Das Risiko gehört dazu und erstaunlicherweise gehört es auch bei der öffentlichen Hand dazu. Dieses Risiko kann niemand umgehen, weder die private noch die öffentliche Seite. Als letztes zur Informationsthematik: Auch wir von der CVP hätten gern in vielen Punkten Informationen gehabt. Wir hatten das auch nicht. Die IG schöner baden muss sich die Infos zusammensammeln. Alle Informationen auf einmal zu haben, ist in diesem Projekt extrem schwierig. Und aufgrund dieses Misstrauens haben wir das Gefühl, dass die Freude, der Optimismus, die Risikobereit schwindet. Wir möchten abschliessend nochmals erwähnen, dass wir den Prozess, so wie er im Moment läuft, eminent wichtig finden. Wir alle, inkl. IG schöner baden, dürfen nicht vergessen: Jetzt müssen wir auf die Zielgerade.

### **Demuth Serge**

Ich möchte nochmals sagen, aus welcher Perspektive wir das ganze Projekt vor ein paar Jahren betrachtet haben. Das ganze Bäderquartier ist zusammengefallen. Wir

haben Jahrzehnte lang zugeschaut, wie dort nichts mehr ging und alles zerfiel, kein Leben mehr in diesem Gebiet war und haben entsprechend natürlich den roten Teppich ausgelegt. Und zwar für jemanden, der endlich kommt und der da unten ein grosses Risiko eingeht. Klar kann man mitreden und Einfluss nehmen. Aber ich möchte einfach davor warnen, jetzt im Nachhinein damit zu beginnen, bis ins letzte Detail Bedingungen zu stellen und dort irgend etwas zu verhindern, das in unserem Interesse liegt. Wir von der SVP sind für ein prosperierendes Bad und hoffen, dass das Projekt erfolgreich realisiert werden kann.

### **Attiger Stephan, Stadtammann**

Danke für die Diskussion. Es ist viel gesagt worden. Vielem kann der Stadtrat zustimmen, einige Sachen bedingen allerdings einer Erklärung und Korrektur. Zustimmung kann ich insbesondere den letzten Voten, aber auch dem Votum von Hannes Streif. Vorweg möchte ich zwei Sachen sagen: Der Zeitpunkt der Diskussion, und das haben wir von Anbeginn klar deklariert, ist der falsche. Wir haben die Fakten nicht auf dem Tisch. Das sagen wir, seit die Diskussion öffentlich angefangen hat. Das wusste die IG schöner baden, bevor die Anfrage geschrieben worden ist. Und selbstverständlich ist es unbefriedigend, da wir in der Anfrage nicht alles konkret beantworten können. Der Stadtrat konnte nicht einmal die ERP- und BNO-Änderungen genehmigen. Insofern finde ich den Vorwurf, man sei nicht vollständig informiert, falsch, wenn man von Beginn an kommuniziert hat, man brauche noch Zeit bis April/Mai, bis man konkret bezüglich Verkehr etc. informieren kann. Hannes Streif erwähnte, der Einwohnerrat habe nicht in der Pauschalität allem zugestimmt. Da gebe ich Hannes Streif recht. Das wurde vielleicht bei der Beantwortung zu absolut formuliert. Der Einwohnerrat hat aber dem Verfahren zugestimmt. Das war der Grundsatzentscheid. Wir haben gesagt, wir machen zuerst den Studienwettbewerb, wir treiben das Planungsverfahren vorwärts und machen im nachhinein BNO und ERP-Anpassungen. Es war klar deklariert, dass man die BNO und den ERP anpassen muss. Unsere Aussage war klar: Jetzt machen wir zuerst die BNO-Änderung und die ERP-Änderung. Wir haben das transparent offengelegt. Wir haben gesagt, dass wir nach dem Studienwettbewerb Anpassungen im ERP und der BNO vornehmen werden. Diesem Verfahren haben wir zugestimmt. Man kann das so oder anders herum machen. Es gibt bei beiden Verfahren Vor- und Nachteile. Diesem Verfahren haben wir zugestimmt mit dem Projektungskredit für den Studienwettbewerb. Dass man damit nicht allen Rahmenbedingungen zugestimmt hat, da teile ich die Auffassung von Hannes Streif, aber das Verfahren war klar und offen. Im Nachhinein kann man sagen, der Stadtrat hätte kommunizieren können, dass er den angesprochenen Park in die Bäderzone integriert. Der war ursprünglich Bäderzone. Diesen Park haben wir aufgrund der Archäologie, die man sichern wollte, in die Parkzone verlegt. Wir hätten zu diesem Zeitpunkt im 2008 hier im Einwohnerrat wahrscheinlich fast einstimmig eine BNO durchgebracht, eine Umzonung in die Bäderzone, und dementsprechend hätte man anschliessend praktisch frei planen können. Wir wollten das bewusst nicht. Wir haben gesagt, wir treiben das vorwärts und legen alles auf den Tisch, damit eine Diskussion stattfinden und man mit Überzeugung Ja dazu sagen kann. Das sind zwei wesentliche Kritikpunkte, die man klarstellen muss. Zum Verfahren: Ja, es war ein Studienwettbewerb. Er war nicht anonym. Zum Glück war er nicht anonym. Es hat sich während diesem Studienwettbewerb gezeigt, dass die Aufgabe so komplex ist, dass man eine Zwischenbesprechung gemacht hat. Diese Zwischenbesprechung, das attestieren Sie ganz sicher, wenn Sie die Projekte anschauen, hat dazu geführt, dass sämtliche Projekte nochmals überarbeitet worden sind und dass so ein massiver Sprung nach vorne gemacht werden konnte. Auch das war im Vorfeld transparent. Das Studienwettbewerbsverfahren war auf Einladung. Das war aber grundsätzlich auch klar. Die öffentlichen Interes-

sen sind in der Jury sehr gut wahrgenommen worden, sei es durch die stimmberechtigten oder die nicht stimmberechtigten Mitglieder. Selbstverständlich war der Fall mit diesen Jurymitgliedern ein absolutes Thema. Selbstverständlich war die Quellnutzung ein zentrales Thema. Selbstverständlich waren die Zugängerschliessung und insbesondere der Freiraum wichtige Themen. Und gerade dort hat das Projekt eine grosse Qualität, dass der Freiraum viel grösser ist als heute. Der Limmatzugang wird viel attraktiver und breiter. Zum Ochsenpark: Klar ist der Ochsenpark heute eine geschützte Gartenanlage. Das heisst jedoch noch lange nicht, dass sie öffentlich ist. Das ist eine private Gartenanlage. Die Verenahof AG könnte diese Anlage schliessen und könnte sagen, dass die Anlage einzig für private Nutzung zur Verfügung steht, also für Hotels usw. Auch das ist ein öffentliches Interesse, das wir eingebracht haben. Wir möchten diese Vernetzung vom Bädergebiet durch die Stadt machen und wir konnten die Verenahof AG dazu bringen, dass der Ochsenpark schlussendlich entschädigungslos in die öffentliche Hand übergehen soll. Zudem braucht das Projekt auch eine Marktanalyse, denn ohne Marktanalyse findet man keinen privaten Investor und keinen Betreiber. Und gerade hier kann man sagen: Es ist ein Glücksfall mit der Stiftung Bad Zurzach, die in sämtlichen Bereichen Know-how hat und am Schluss nicht einmal gewinnorientiert ist, sondern in Baden eine gute Leistung erbringen möchte. Diese Marktanalyse braucht es aber, und man ist von der Basis dieser 500'000 Eintritte ausgegangen. Bei diesen 500'000 Eintritten sind jedoch auch Doppel- und Dreifachbenutzer eingerechnet. Das ist die definierte Eintrittsbasis. Zum Schluss muss man sagen können, wohin man mit einer Investitionssumme kommt. Dies bedingt ein gewisses Raumprogramm, ob wir 100'000, 200'000 oder 500'000 Eintritte haben. Wenn wir nicht ein differenziertes Angebot mit verschiedenen Bädern und unterschiedlichen Wasserqualitäten, unterschiedlichen Temperaturen, Sauna, Dampfbad etc. anbieten, können wir nicht genügend Eintritte generieren. Man braucht ein differenziertes Angebot, sicher viel breiter als das heutige Angebot. Und diese Basis gibt dann eine gewisse Grundinvestition, die man berücksichtigen können muss. Das ist selbstverständlich ein Kriterium im Wettbewerb. In sämtlichen Wettbewerben, die durchgeführt werden, ist die Marktfähigkeit eines Bades ein ganz wichtiges Kriterium, und das war auch in diesem Fall so. Zu den Fragen, zuerst betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung UVP: Wir haben in der Vorlage geschrieben, dass wir davon ausgehen, dass es ein Baubewilligungsverfahren für den weiteren Park mit UVP braucht. In der Zwischenzeit ist es so, dass die Verenahof AG auch die Parkplatzzahl nochmals reduziert hat, und wir gehen davon aus, dass für das Baubewilligungsverfahren, nach dem neuen Baugesetz, keine UVP benötigt wird, sondern ein koordinierter Kapazitätsnachweis. Und hier sind wir am Erstellen der Unterlagen. Wie geht es nun weiter: Wir bedauern grundsätzlich die öffentliche Diskussion zum heutigen Zeitpunkt, weil die Fakten nicht auf dem Tisch sind. Das ist auch der Grund, weshalb die Beantwortung auf die Mitwirkung noch nicht verschickt worden ist. Die Beantwortung an die Mitwirkenden können wir erst machen, wenn der Stadtrat schlussendlich entschieden hat, worauf wir eingehen und nicht eingehen und wie BNO und ERP aussehen. Der Stadtrat konnte die Unterlagen noch nicht sichten, weil das Projekt noch nicht so weit ist. Das ist ein komplexes Projekt und ich bitte um Verständnis, dass das seit zehn Monaten so ist und keine Antworten gekommen sind. Die Kritik nehme ich auf, dass man zwischendurch mit einem Brief hätte orientieren müssen mit dem Hinweis, dass die Antwort im Mai folgen wird. Selbstverständlich gilt das Legislaturziel wirklich. Für das hier falsch zitierte Legislaturziel bitte ich um Entschuldigung. Zur Kritik: Der Stadtrat hat immer gesagt, Kritik bringt dieses Projekt weiter. Insbesondere in der Begleitkommission hatten wir gute Diskussionen. Diese Diskussionen haben das Projekt auch weitergebracht und die Verenahof AG dazu bewegt,

gewisse Sachen zu hinterfragen oder zu überdenken, wo möglich sogar auch zu reduzieren. Da und dort wird immer noch reduziert, sei es am Wohngebäude oder bei den Parkplätzen. Da hat die Diskussion wirklich etwas ausgelöst. Und von Seiten Stadtrat hatten wir immer das Gefühl, es ist eine konstruktive Kritik und kein Bekämpfen. Der Stadtrat hat dieses Empfinden und möchte auf diesem Weg weitergehen. Ich habe ausgeführt, was gemacht worden ist. Welches sind die weiteren Schritte: Einerseits das Verkehrskonzept zum eigentlichen Projekt, eine Aufgabe, die man seit Jahren zu jedem grösseren Projekt machen muss. Es wurde ein koordinierter Kapazitätsnachweis gemacht, und zwar übergreifend mit der ganzen Entwicklung Baden Nord, mit sämtlichem Entwicklungspotenzial, mit sämtlichen Wohnnutzungen, mit den Hochhäusern etc. und mit dem Verkehrskonzept Bäder zusammengeführt. Dieser Kapazitätsnachweis ist im Moment beim Kanton zur Prüfung, denn schlussendlich entscheidet der Kanton über die eigentlichen Verkehrsanlagen. Wir brauchen die kantonale Bewilligung vom Kanton, die schlussendlich auch Bestandteil der Baubewilligung ist. Den Kapazitätsnachweis hat der Stadtrat gesehen und zur Kenntnis genommen. Das ist ein rein technischer Bericht mit VSS-Normen etc., also kein politischer Bericht. Das ist der Grund, weshalb wir ihn zum jetzigen Zeitpunkt nicht öffentlich machen wollten. Wir gehen nicht davon aus, dass an den Zahlen grundsätzlich etwas ändern wird, aber in diesem Bericht hat es natürlich auch Massnahmen und es kann sein, dass der Kanton noch justieren will. Wir werden diese Vorlagen vor der nächsten Sitzung der Begleitkommission vom 6. April 2011 zustellen, damit an dieser Sitzung darüber diskutiert werden kann. Wir werden dann das Verkehrskonzept und den koordinierten Kapazitätsnachweis vorstellen, die Unterlagen abgeben und nach den Frühlingsferien wiederum eine Sitzung haben, in der anschliessend darüber diskutiert werden kann. So sollte genügend Zeit vorhanden sein, um die Unterlagen zu studieren und zu prüfen und in einer weiteren Begleitkommissionssitzung zu diskutieren. Denn die Erreichbarkeit ist ein zentrales Anliegen. Da haben wir 1:1 die identischen Interessen, sei es vom Einwohnerrat, vom Stadtrat und am Schluss auch von der Verena AG. Das ist aufgegleist und wird entsprechend in die Begleitkommission kommen. Wir hoffen, dass wir bis zur nächsten Begleitkommissionssitzung sogar die Rückmeldung des Kantons haben werden, ob er noch Korrekturen anbringt oder nicht. Auf der anderen Seite werden wir beim Stadtrat die Präsentation der ERP- und BNO-Änderungen machen, so dass der Stadtrat ca. im Mai 2011 beschliessen kann, um anschliessend eine Rückmeldung betreffend ERP-Mitwirkung einholen zu können. Bei der Sondernutzungsplanung sind wir noch nicht auf dem Stand, dass wir auf die Mitwirkung Antworten geben können. Ein letztes Wort zum Investor: Selbstverständlich unterschreibt ein Investor nicht in diesem Projektzustand. Das Projekt ist noch nicht fix, das Richtprojekt noch nicht genehmigt. So gesehen ist es klar, dass ein Investor nicht unterschreibt. Der Stadtrat kennt den Namen dieses offiziellen Investors. Ich selber hatte verschiedene Kontakte mit dem Investor, der im Umkreis von 25 km erreichbar ist. Warum kann man den Investornamen nicht nennen? Einerseits ist klar, dass professionelle Investoren erst eine Zusage machen, wenn sie unterschrieben haben. Zweitens ist es vielfach auch verbunden mit gewissen Börsentransaktionen, mit denen praktisch alle soliden Investoren indirekt oder direkt verbunden sind. Darum wird der Investor öffentlich erst zusagen, wenn er unterschrieben hat. Wir freuen uns auf diese Diskussion. Wir hätten uns gewünscht, zuerst die Fakten auf den Tisch legen zu können und anschliessend zu diskutieren. Jetzt ist es etwas anders gelaufen. Wir hatten aber das Gefühl, dass wir uns der Diskussion jetzt nicht verwehren können. Wir haben schrittweise das aufgezeigt, was wir wissen, das war nicht komplett. Ich bitte um Verständnis für die stadträtliche Situation. Der Stadtrat steht irgendwo zwischen Investor, öffentlichem Interesse, der Stadt, die noch Grundeigentümerin ist,

und dem Kanton, von dem wir praktisch alle Bewilligungen brauchen. Dementsprechend müssen wir das auch so koordinieren.

**Ruth Muri**

Ich möchte die Diskussion an dieser Stelle beenden. Wie uns der Stadtammann mitgeteilt hat, werden wir im Rat später wieder Gelegenheit haben, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Ich möchte mich ganz herzlich für die guten Diskussionen bedanken. Wir treffen uns wieder am 17. Mai 2011. Ich wünsche allen eine gute Heimkehr und einen schönen Frühling.

Schluss der Sitzung: 23.15 Uhr.

EINWOHNERRAT BADEN



Präsidentin



Protokollführer